



HESSISCHER
LANDTAG

VERLEIHUNG DES HESSISCHEN FRIEDENSPREISES 2017

AN

CARLA DEL PONTE

am 23. Februar 2018 im Hessischen Landtag

SCHRIFTEN DES HESSISCHEN LANDTAGS

HEFT 34

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.



Impressum

Herausgegeben von Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags
Redaktion: Hubert Müller, Andrea Mitteldorf
Fotos: Hermann Heibel, Hessischer Landtag
Druck: ColorDruck Solutions GmbH, Gutenbergstraße 4, 69181 Leimen;
DER BLAUE ENGEL, weil aus 100% Altpapier, schützt die Ressourcen.
Gestaltung: Cicero Kommunikation GmbH, Taunusstraße 52,
65183 Wiesbaden
ISBN: 978-3-923150-70-4
© 2018 Hessischer Landtag, Schlossplatz 1 – 3, 65183 Wiesbaden

INHALT

Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2017 an Carla del Ponte

BEGRÜSSUNG

Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags 6

GRUSSWORT

Volker Bouffier, Hessischer Ministerpräsident 12

LAUDATIO

Prof. Dr. Dr. h. c. Angelika Nußberger,
Vizepräsidentin des Europäischen Gerichtshofs
für Menschenrechte 18

ÜBERREICHUNG DES PREISES

Karl Starzacher, Vorsitzender des Kuratoriums, Staatsminister a. D. 28

DANKADRESSSE

Carla del Ponte,
Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs a. D. 32

MUSIKSTÜCKE

SaxoTonQuartett

BEGRÜSSUNG

Norbert Kartmann

Präsident des Hessischen Landtags



Meine Damen und Herren, herzlich willkommen! Dem „SaxoTonQuartett“ einen ganz herzlichen Dank für die musikalische Umrahmung. Das war ein fulminanter Auftritt. Wir freuen uns schon auf Ihre nächsten Musikstücke.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Starzacher, sehr geehrte Frau Prof. Nußberger, sehr geehrte Frau del Ponte, meine Damen und Herren! Im Namen des Hessischen Landtags sowie im Namen des Kuratoriums des Hessischen Friedenspreises der Albert-Osswald-Stiftung und seines Vorsitzenden, Herrn Staatsminister a. D. Karl Starzacher, begrüße ich Sie ganz herzlich zur 23. Verleihung des Hessischen Friedenspreises.

Ich freue mich sehr, den Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier hier zur Verleihung des Hessischen Friedenspreises begrüßen zu können. Herzlichen Dank, dass Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, zu uns und unserer diesjährigen Preisträgerin sprechen werden.

Mein Gruß gilt den Abgeordneten des Hessischen Landtags, den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und den anwesenden Mitgliedern der Hessischen Landesregierung. Für unser höchstes Gericht in Hessen, den Staatsgerichtshof, begrüße ich ganz herzlich Herrn Präsidenten Prof. Poseck – auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

Meine Damen und Herren, mit besonderem Gruß heiße ich auch den Generalkonsul der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Herrn Dr. Urs Wolfgang Hammer, willkommen. Lieber Herr Generalkonsul, es ist uns eine große Ehre, dass Sie der heutigen Veranstaltung beiwohnen.

Die Stiftung, in deren Namen wir jetzt zum 23. Mal den Friedenspreis verleihen, trägt den Namen des früheren Hessischen Ministerpräsidenten Albert Osswald. Ich freue mich sehr, dass Frau Michaela Jäckel-Osswald und ihre Kinder Elisabeth und Johannes Jäckel heute an der Preisverleihung teilnehmen. Herzlich willkommen.

Eine würdige Preisträgerin braucht eine würdige Laudatorin. Herzlich willkommen heiße ich daher Frau Prof. Angelika Nußberger, die heute hier die Laudatio hält.

Die Stadt Wiesbaden ist vertreten durch ihre Stadtverordnetenvorsteherin, Frau Christa Gabriel, und Herrn Stadtrat Helmut Nehrbaß. In guter Nachbarschaft darf ich Ihnen Guten Tag sagen; wunderbar, dass Sie hier sind.

Für die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, die ja ein wesentlicher Bestandteil dieser Arbeit für den Hessischen Friedenspreis ist, weil sie uns profund berät, begrüße ich im Vorgriff auf ihr Noch-Kommen Frau Prof. Nicole Deitelhoff.

Unter uns ist einer der 22 bisherigen Preisträger: Herr Bundesminister a. D. Prof. Christian Schwarz-Schilling. Auch ihm ein ganz herzliches Willkommen. Ich freue mich sehr, dass er heute da ist.

Ich schließe in meinen Gruß die Vertreterinnen und Vertreter der Religionsgemeinschaften, aus Kultur, Wirtschaft, der Presse und von sozialen Institutionen unseres Landes ein. Ihnen allen ein herzliches Willkommen.

Meine Damen und Herren, wir ehren mit dem Hessischen Friedenspreis für das Jahr 2017 eine Kämpferin für Recht, für Gerechtigkeit, für den Frieden, den es ohne Durchsetzung von Menschenrechten, ohne Gerechtigkeit nicht geben kann. Wir ehren die langjährige Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, zuständig für die Verfolgung schwerer Verbrechen während der kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien, und zeitweise auch die für die Verbrechen in Ruanda zuständige Chefanklägerin.

Meine Damen und Herren, diese Frau haben wir für den Hessischen Friedenspreis ausgewählt. Deswegen noch einmal ein ganz herzliches Willkommen, Frau Carla del Ponte.

Frau del Ponte, wir werden über Ihr Wirken noch viel erfahren; das ist nicht meine Aufgabe. Aber da wir uns im Rahmen der Festlegung des Preisträgers damit beschäftigt haben, sind wir alle sehr überzeugt davon gewesen, dass wir genau richtig gehandelt haben und eine großartige Persönlichkeit mit diesem Friedenspreis auszeichnen.



v. l. n. r., erste Reihe: Thorsten Schäfer-Gümbel, Landtagsvizepräsidentin Heike Habermann, Vorsitzender des Kuratoriums, Staatsminister a. D. Karl Starzacher, Präsident des Staatsgerichtshofs Dr. Roman Poseck, Ministerpräsident Volker Bouffier, Preisträgerin Carla del Ponte, Dr. Flavio del Ponte

Dieser Friedenspreis wurde am 16. Oktober 1993 von Albert Osswald und seiner Stiftung ins Leben gerufen. Er ist in der Zwischenzeit zu einer bedeutenden und auch international anerkannten Auszeichnung in unserem Lande geworden. Zum 23. Mal werden herausragende Persönlichkeiten, die sich für eine friedlichere Welt einsetzen, ausgezeichnet.

Meine Damen und Herren, wir leben seit 73 Jahren in Frieden und Freiheit. Mit dem Ende des Kalten Krieges, mit dem Ende der Spaltung Europas und Deutschlands wurde auch die größte Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung gebannt; das meinten wir damals aus tiefster Überzeugung. Die wenigsten Menschen in unserem Lande haben ja Kriege erlebt; die wenigsten Menschen hier haben die Folgen von Kriegen erlebt, genügend allerdings, um von diesen auch zu erfahren, was es bedeutet, in Not zu kommen, um Leib und Leben zu fürchten oder zu fliehen – zu fliehen vor denen, die Böses mit einem vorhaben.

Meine Damen und Herren, Kriegsgefahren beherrschen die Welt weiterhin. Immer noch gibt es sie, die Kriege auf dieser Erde, auch in Europa, auch wenn sie regional begrenzt sind. Sie flimmern uns tagtäglich über die Bildschirmen. Wir werden überhäuft von den Berichterstattungen darüber, von den Gräueltaten, der unvorstellbaren Brutalität gegenüber unschuldigen Menschen, ob Kind oder Greis.

Wir erleben die ständigen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die viele Menschen über alle Generationen hinweg das Leben gekostet haben, die Menschen zur Flucht zwingen, zum Verlassen ihrer Heimat. Der UNHCR nennt die Zahl von 65 Millionen weltweit, Menschen also wie die, die in den Neunzigerjahren – also schon vor dem jüngsten Exodus aus dem Nahen und Mittleren Osten und aus Afrika – aus dem ehemaligen Jugoslawien zu uns fliehen mussten und von denen hier viele eine neue Heimat gefunden haben.

In diesen Kriegen haben viele Menschen, auch damals auf dem Balkan, ihr Leben gelassen. In diesen Kriegen haben Menschen ihr Zuhause verloren, und in diesen Kriegen wurde internationales Recht mit Füßen getreten.

Die Errungenschaften des internationalen Völkerrechts und der Menschenrechte sind nur dann wirkungsvoll, wenn Verbrechen, die gegen diese Abkommen verstoßen, auch geahndet werden, wenn gegen die, denen solche Verbrechen zur Last gelegt werden, Anklage erhoben wird. Es ist daher für eine zivilisierte Gesellschaft von Bedeutung und unverzichtbar, dass wir juristische Instanzen haben, die diese Vergehen ahnden. Dass dies nicht einfach ist und nicht selten auch ein erfolgloses und vielleicht auch enttäuschendes Unterfangen ist, darüber werden wir heute noch einiges hören.

Die Tätigkeit von Frau Carla del Ponte als Chefanklägerin legt Zeugnis ab von der Bedeutung dieser Institution, die sie selbst war, und auch von den Schwierigkeiten dieser Aufgabe. Dabei ist zu würdigen, mit welcher Uner-schütterlichkeit, mit welcher Kraft und – das darf man nicht verkennen – welchem Mut Carla del Ponte diese Verbrechen verfolgt und mit rechts-staatlichen Mitteln zur Anklage gebracht hat.

Sehr geehrte Frau del Ponte, Sie sind eine würdige Preisträgerin. Sie nunmehr in den Reihen der Preisträger zu wissen, würdigt auch den Hessischen Friedenspreis selbst. Seien Sie noch einmal auf das Herzlichste begrüßt.



GRUSSWORT

Volker Bouffier

Hessischer Ministerpräsident



Sehr verehrte, liebe Frau del Ponte, sehr geehrter Herr Landtagspräsident Kartmann, sehr geehrter, lieber Herr Starzacher, sehr verehrte Frau Jäckel-Osswald, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnetenkollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich grüße Sie herzlich im Namen der Hessischen Landesregierung und ich darf Ihnen sagen: Die Arbeit für den Frieden hat in Hessen schon viele Jahre eine ganz besondere Bedeutung. Mit der Gründung der Stiftung Friedens- und Konfliktforschung bereits im Jahre 1970 hat Hessen die älteste und größte Einrichtung dieser Art in Deutschland geschaffen. Seitdem leistet diese Einrichtung bemerkenswerte Beiträge, wenn es um die Frage geht: Was sind die Bedingungen, damit Frieden erhalten bleibt? Was sind die Ursachen für Gewalt?

Dies war uns ein Anliegen; das galt damals und das gilt heute. Als Albert Osswald 1994 mit seiner Stiftung diesen Friedenspreis auslobte, hat er ein starkes Signal ausgesandt, diese Arbeit weiter fortzuführen. So haben wir die Freude, jedes Jahr eine besondere Persönlichkeit auszuzeichnen zu dürfen, die sich um Frieden und Völkerverständigung in herausragender Weise verdient gemacht hat. Dies sind in diesem Jahr Sie, sehr verehrte Frau del Ponte, und es ist uns eine Ehre, aber auch eine Freude, Sie heute auszuzeichnen zu dürfen. Ich gratuliere Ihnen von Herzen persönlich, aber auch im Namen der Hessischen Landesregierung. Wir freuen uns, dass Sie heute bei uns sind. Herzlich willkommen auch von mir.

Meine Damen und Herren, der Präsident hat es angesprochen: Diese Stiftung fiel in eine besondere Zeit. Die Mauer war gefallen, der Ost-West-Konflikt war überwunden, damit auch die Spaltung der Welt, und man hoffte allenthalben, dass jetzt der Siegeszug von Demokratie, Freiheit und der Achtung der Menschenrechte sich wirklich durchsetzen würde. Wir wissen heute, dass diese Hoffnung in vielen Fällen enttäuscht wurde. Aber die Hoffnung bleibt. Es war das Klima, in dem es endlich gelang, einen Internationalen Staatsgerichtshof zu etablieren. Die Idee ist viel, viel älter. Aber die Blockaden waren zu diesem Zeitpunkt aufgelöst, und so war es möglich, diesen Internationalen Gerichtshof in Strafsachen zu schaffen.

Die Idee, die dahinterstand und die heute so aktuell ist wie damals, war, dass man den Diktatoren, den Potentaten, den Verbrechern allenthalben

etwas entgegensetzen musste. Sie durften sich nicht darauf verlassen, dass sie wegen ihrer Untaten nie zur Rechenschaft gezogen würden.

Es musste darum gehen, dem Recht Geltung zu verschaffen. Und es musste darum gehen, Konflikte, die gemeinhin als regionale Konflikte oder als innere Angelegenheiten bezeichnet wurden, so zu verstehen, wie sie aus unserer Sicht verstanden werden müssen, nämlich als ein Angriff auf die universalen Menschenrechte und damit auch als ein Angriff, wenn man so will, auf die internationale Gemeinschaft.

Diese Idee war eigentlich das dahinterliegende Konstrukt, um das es gehen musste. So haben wir die ersten beiden Tribunale miterlebt, betreffend das frühere Jugoslawien und Ruanda. Sie haben in beiden Tribunalen eine herausragende Rolle gespielt.

Meine Damen und Herren, ich will heute daran erinnern, wie schwierig das ist. Auch in der Bundesrepublik Deutschland ist bis heute nicht völlig eindeutig von allen Seiten die Frage beantwortet: Was macht man eigentlich, wenn in einem anderen Land Menschen massakriert werden? Srebrenica möge als Beispiel dienen.

Wir haben in Deutschland lange darüber diskutiert – das war nicht vor hundert Jahren, das war in den Neunzigerjahren –, ob man eingreifen soll oder ob man sich zurückzieht, nach dem Motto: Es ist eine innere Angelegenheit. Der Einsatz der NATO war damals heftig umstritten. Wir hatten damals eine ganz besondere Situation in Deutschland; sie ist nach meiner Erinnerung einmalig. Es ging vordergründig um eine Rechtsfrage, aber dahinter stand natürlich viel, viel mehr. Es war die Bundesregierung unter Helmut Kohl und Klaus Kinkel, die gemeinsam regiert haben, und es ging um die spannende Frage, ob deutsche Piloten in den AWACS-Flugzeugen mitfliegen sollten. Die AWACS-Flugzeuge hatten im Rahmen des NATO-Mandats die Aufgabe, das Waffenembargo gegen Milošević in der Adria zu überwachen. Das hatte jeder für richtig gehalten. Die Frage, ob wir uns dort beteiligen sollten, war heftig umstritten, weil wir bis dahin eigentlich der Auffassung waren: Bundeswehr ist Landesverteidigung, und „out of area“, wie auch immer, sei höchst fraglich.

Das Ganze landete vor dem Bundesverfassungsgericht. Es ist außerordentlich lohnenswert, sich die Entscheidung noch einmal anzusehen. Es war eine knappe. Das Bundesverfassungsgericht hat seinerzeit entschieden: Ja, das geht. – Ich erinnere daran, wenn wir heute die Bundeswehr zur Friedenssicherung haben, an der Küste vor dem Libanon, wenn sie in Afghanistan tätig ist, wenn sie Einsätze am Horn von Afrika hatte, im Mittelmeer: Es ist in gewisser Weise zur Selbstverständlichkeit geworden. Aber es kann nie um Selbstverständlichkeiten gehen, sondern es ist ein hoher Anspruch, den wir damit verbinden, dazu beizutragen, Konflikte einzudämmen, den Weg zum Frieden zu finden oder dort, wo er im höchsten Maße bedroht ist, ihn vielleicht doch zu erhalten.

Auch das gehört zu der großen Frage: Wie kann es denn gelingen, Frieden zu schaffen, Frieden zu erhalten, und was muss getan werden, angemessen auf jene zu reagieren, die Frieden nicht halten?

Der Internationale Gerichtshof in Strafsachen ist zunächst einmal ein Instrument aus einer Zeit, in der man hoffte, dass sich die Welt zum Besseren wenden würde. Nun gibt es den berühmten Satz: Hoffnung muss immer bleiben. Trotzdem muss man den Dingen ins Auge sehen.

Wenn Sie heute auf die Welt blicken, könnte man verzweifeln. Gerade gestern hat die internationale Staatengemeinschaft wieder ein Beispiel dafür geliefert, wie sie sich selbst handlungsunfähig macht, wenn es um die Frage des Friedens geht. Ich meine das Inferno in Syrien, das Sie so sehr beschäftigt hat – uns alle auch, aber Sie ganz besonders. Da gibt es eine Stadt, in der 400.000 Menschen eingeschlossen sind, und man ringt um die Frage eines Waffenstillstandes, damit man wenigstens die Zivilisten herausholen kann oder ihnen Hilfe zukommen lassen kann.

Der Weltsicherheitsrat konnte sich nicht einigen; die Vertreter Russlands haben ein Veto eingelegt. Das ist ein Beispiel von vielen. Da stellt sich natürlich schon die Frage: Bringt das eigentlich etwas? Sind wir Juristen sozusagen auf einer einsamen Straße der Hoffnung und glauben an die friedensstiftende Wirkung des Rechts und alle anderen um uns herum scheren sich nicht?

Deshalb braucht eine solche Institution natürlich auch Menschen, die das, was dahintersteht, mit Leben erfüllen. Das hat in einzigartiger Weise Frau del Ponte getan.

Sehr verehrte Frau del Ponte, Sie waren die Stimme und das Gesicht dieses Internationalen Strafgerichtshofs. Sie haben das mit unglaublichem Mut, mit Leidenschaft und aus meiner Sicht auch mit großer Wirkung getan.

Sie haben im vergangenen Jahr in Ihrer schweizerischen Heimat der Zeitung „Blick“ ein Interview gegeben. Dabei wurden Sie gefragt, was Sie im Ruhestand denn jetzt alles so machen und was Ihnen Freude bereitet. Ich habe mit Freude gelesen: Sie sind jetzt auch sportlich sehr aktiv.

Doch dann kam da ein Satz, der einen sehr nachdenklich macht. Sie haben es in die Worte gekleidet: „Ich habe nichts erreicht.“ Das war wahrscheinlich besonders den Enttäuschungen geschuldet, die Sie insbesondere in Ihrem Mandat in Syrien hatten, der vermeintlichen Wirkungslosigkeit, dass die Weltgemeinschaft das zur Kenntnis nahm – das war kurz nach den Giftgasangriffen –, und daher vielleicht menschlich verständlich. Trotzdem ist es falsch.

Dieses Resümee ist deshalb falsch, weil Ihr Wirken beispielhaft war und ja auch nachwirkt. Sie haben eine ganze Reihe von Verbrechern nicht nur vor das Tribunal gebracht; sie sind auch verurteilt worden – natürlich, wie das immer ist, manche nicht. Mit den Mitteln des Rechts Unrecht, Gewalt und Diktatur zu bekämpfen, ist eine große Herausforderung, die immer wieder auch zu Enttäuschungen führt. Trotzdem: An der Idee der friedensstiftenden Wirkung des Rechts müssen wir festhalten und auch daran, dass jemand, der sich so verhält wie diese Kriegsherren, damit rechnen muss, dass es eine Institution gibt, die das dann auch ahndet. Deshalb ist die Institution und die dahinterliegende Idee heute so aktuell wie zur Gründung.

In diesem Jahr feiern wir das 70-jährige Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die UNO. In diesen 70 Jahren ist unzählige Male gegen die Menschenrechte verstoßen worden. Trotzdem bleiben sie nicht nur Appell, sondern auch Verpflichtung. Wenn man es so zusammennimmt, verehrte Frau del Ponte, haben Sie eine ganze Menge erreicht. Sie haben

Manchen zu einer Verurteilung gebracht. Was mir aber wichtiger ist: Sie haben dafür gesorgt, dass Missetaten aller Art nicht in Vergessenheit geraten, dass Opfer eine Stimme bekommen haben, dass sie nicht untergehen in den unzähligen Bildern des Tages, die einen natürlich irgendwann abstumpfen lassen. Wahr ist auch: Je mehr Gräueltaten wir sehen können, desto häufiger besteht die Gefahr, dass man sich irgendwann daran gewöhnt.

Mit Ihrem Wirken haben Sie ein deutliches Signal dagegengesetzt, den Opfern eine Stimme gegeben und den Opfern auch eine Hoffnung, nämlich die Hoffnung, dass Krieg, Gewalt, Folter nicht die letzte Antwort sind. Wenn man das zusammennimmt, ist das eine großartige Bilanz. Das haben Sie geschafft und deshalb sind Sie ein Vorbild, ein Vorbild für Mut und ein Vorbild für eine Anwältin, möchte ich sagen, für die Kraft des internationalen Rechts.

Wir wissen, dass man in dieser Zeit gelegentlich den Eindruck haben kann, dass nicht die Kraft des internationalen Rechts, sondern das Recht des Stärkeren sich durchsetzt. Aber es bleibt dank Ihrem Wirken nicht die letzte Antwort. Deshalb, sehr verehrte gnädige Frau: Das Interview war sozusagen ein Blick in die Seele, auch verständlich. Aber das war nicht Carla del Ponte. Carla del Ponte ist eine großartige Frau. Sie ist mutig, sie hat wegweisende Zeichen gesetzt und sie ist eine großartige Preisträgerin unseres diesjährigen Hessischen Friedenspreises. Herzlichen Glückwunsch. Ich wünsche Ihnen Gottes Segen.

LAUDATIO

Prof. Dr. Dr. h.c. Angelika Nußberger
Vizepräsidentin des Europäischen
Gerichtshofs für Menschenrechte



Verehrte Frau del Ponte, sehr geehrte Festgemeinde!

Schon als Kind jagte ich zusammen mit meinen Brüdern Schlangen: Vipern und andere giftige Arten, die in den Wäldern und an den felsigen Kalksteinhängen nahe des Ortes lebten, in dem wir aufwuchsen – Bignasco, ein Dorf mit etwa 200 Einwohnern fast am Ende eines hohen, geschlossenen Tals, des Valle Maggia in den Schweizer Alpen oberhalb von Locarno.

So beginnt die 2008 unter dem Titel „Im Namen der Anklage“ verfasste Autobiografie von Carla del Ponte. Die Schlangen, so erzählt sie, wurden, wohlverpackt in einer Schuhschachtel, im Zug auf dem Weg zur Klavierstunde nach Locarno transportiert und bei einem medizinischen Labor abgeliefert – eine Mutprobe mit dem angenehmen Nebeneffekt, das Taschengeld um 50 Franken aufzubessern. Die Geschwister wussten sehr genau, was sie taten, waren gut organisiert und gut vorbereitet, immer mit Serum ausgerüstet, nicht naiv und leichtsinnig, sondern sich der Gefahren ihres Unternehmens wohl bewusst. Angst hatten sie nie.

Von dem kleinen schlangenreichen Örtchen haben Carla del Ponte viele und vielfältige Aufgaben weggeführt; nur selten ist sie dorthin zurückgekehrt. Aber am Ende des im Alter von 60 Jahren geschriebenen Rückblicks auf ihr spannungsreiches Berufsleben, nach vielen der Justiz gewidmeten Jahren, schreibt sie in ihrer offenen und direkten Art diesen in seiner Einfachheit fast schon verblüffenden Satz: „Bis heute bin ich eher Schlangenjägerin als Rechtswissenschaftlerin.“

Gleich ob Schlangenjägerin oder Rechtswissenschaftlerin, Carla del Ponte zeichnen Mut und Beharrungsvermögen aus. Sie hat ein Ziel. Sie ist überzeugt, dass eine auf ungesühnten Verbrechen und Ungerechtigkeit aufbauende Gesellschaft nicht wirklich Frieden finden kann. Und für dieses Ziel ist sie bereit, im wahrsten Sinne des Wortes alles zu geben, ihre Lebenszeit, ihre Energie, ihre Sicherheit. Sie nimmt es in Kauf, wie sie in ihrer Biografie erzählt, in Betten ohne frische Bettwäsche, nur auf ihren Mantel gebettet, zu übernachten, um nah an den Orten des Geschehens Zeitzeugen befragen zu können; sie nimmt es in Kauf, dass gegen sie gerichtete Flüche auf

Wände gesprüht werden; sie nimmt es in Kauf, mit den Mächtigen der Welt zu streiten. Sie verzweifelt nicht, wenn sie, wie sie sagt, immer wieder gegen den „muro di gomma“, die Gumm wand, das freundlich-diplomatische „Vielleicht lassen wir doch lieber die Finger davon“, anläuft.

Der Name Carla del Ponte kann nicht anders als mit einem Ausrufezeichen geschrieben werden: Hier lässt jemand nicht locker. Hier geht jemand auch dann noch den Verbrechen nach, wenn die öffentliche Meinung sich schon wieder davon wegbewegt und Kompromisse gesucht hat. Carla del Ponte vermag es, auch gegen den Zeitgeist zu bürsten.

Für diesen Mut, für diese Überzeugungskraft, für diese gelebte Vision überreicht die Albert-Osswald-Stiftung Carla del Ponte den Hessischen Friedenspreis.

Begonnen hat Carla del Ponte ihre Karriere als Scheidungsanwältin und Verteidigerin. In keinem von beidem sah sie ihre Berufung. So führt sie in einem Interview im Jahr 2010 aus:

Eigentlich war es mir unangenehm, als Verteidigerin im Gerichtssaal zu sein. ... Meine Kunden, die Beschuldigten, waren alle schuldig. Ich beneidete den Staatsanwalt, ich wollte selber Staatsanwalt sein. Ich saß im unbequemen Sessel des Verteidigers und wusste, dass mein Klient schuldig war. Was sollte ich da sagen? Ich habe nicht viele Verteidigungen angenommen, vielleicht sechs oder sieben, aber im Gerichtssaal wollte ich immer auf der anderen, der richtigen Seite sein.

Bald durfte sie auf der „richtigen Seite“ stehen. Sie wurde 1985 Staatsanwältin im Kanton Tessin und hatte gegen Geldwäsche, organisierte Kriminalität, Waffenschmuggel und grenzüberschreitende Wirtschaftskriminalität vorzugehen und arbeitete mit dem italienischen Richter Giovanni Falcone im Kampf gegen die Mafia zusammen. Seine Ermordung im Jahr 1992 schlug eine herbe Kerbe in ihre Biografie; für kurze Zeit zweifelte sie an ihrer Mission. Aber sie ließ sich nicht vom Weg abbringen, wurde Bundesanwältin und stellte sich in den Jahren von 1994 bis 1998 wieder dem, was heikel

und schwierig war und Mut forderte: der Ermittlung wegen Geldwäsche und Korruption im Umkreis ausländischer Politiker wie Boris Jelzin oder Carlos Salinas. In dieser Zeit begründete sie ihren Ruf als jemand, der nicht vor großen Namen zurückschreckt, nicht auf diplomatisches Com-me-il-faut achtet, aber auch sich selbst nicht schont, ein von schwer bewaffneten Wächtern umgebenes Privatleben um des Einsatzes für die Gerechtigkeit willen akzeptiert.

Aus der Schweiz wurde sie 1999 nach Den Haag gerufen, vom Kampf gegen die Mafia zur Verfolgung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Nachdem ihr Mandat 2007 endete, gab es für sie ein kurzes Zwischenspiel als Schweizer Botschafterin in Argentinien. 2012 berief sie dann der UN-Menschenrechtsrat als Sonderermittlerin in eine Untersuchungskommission zu Kriegsverbrechen in Syrien; dort war sie bis 2017 tätig.

Carla del Ponte hat in alle Abgründe geschaut, in die man Ende des 20., Anfang des 21. Jahrhunderts schauen konnte, mit scharfem Blick und ohne Illusionen.

Der Jugoslawienkrieg hat in den Neunzigerjahren unseren mit den Umbrüchen in Osteuropa gerade neu gewonnenen Welt-Optimismus – Sie erinnern sich: wir träumten vom „Ende der Geschichte“ – in sein jähes Gegenteil verkehrt. Vor unserer Haustür, in Orten, mit denen wir im Zweifel sonnige Urlaubserinnerungen verbanden, begann ein ungehemmtes Zerstören, Morden, Vergewaltigen. Menschen, die über Jahrzehnte friedlich miteinander gelebt hatten, erkannten im jeweils anderen plötzlich den Feind, die Serben in den Kroaten und Slowenen, die Kroaten und die Serben in den Bosniern, die Serben in den Kosovaren, und überhaupt waren alle gegen alle. Wir wissen nicht, wie viele Menschen umgekommen sind, aber wir wissen, dass das Sterben – wie in jedem Krieg – sinnlos war. Mehr noch: Wir wissen, dass schwerste Verbrechen begangen wurden. Die Anklage lautete auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Genozid.

In Ruanda wurden von April bis Juli 1994 schätzungsweise 800.000 bis eine Million Menschen ermordet.

Das Morden in Syrien dauert an. Niemand weiß mit Gewissheit, wer gegen wen Giftgas eingesetzt hat; die Vielzahl der Grausamkeiten und Verbrechen ist in dem unentwirrbaren Knäuel nationaler und weltpolitischer Interessen noch nicht ans Licht gebracht worden. Sicher ist nur, dass Familien, Frauen und Kinder, Zivilisten gelitten haben und leiden und dass jemand den Opfern eine Stimme geben muss.

Wir hatten gedacht, wir wären klüger geworden, hätten Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ gelesen und uns davon inspirieren lassen, wir hätten die Instrumente erfunden, um auch bei kriegerischen Auseinandersetzungen unsere zivilisatorischen Errungenschaften nicht zu gefährden. Galten nicht unsere Abkommen zum humanitären Völkerrecht? Hatten wir nicht Deklarationen und Verträge zum internationalen Schutz der Menschenrechte ausgearbeitet? Hatten wir nicht den Krieg geächtet, einen Sicherheitsrat geschaffen, der zur Not würde eingreifen können? Hatten wir mit den Nürnberger Prozessen nicht ein erstes Exempel von internationaler Strafjustiz statuiert, das warnen sollte, dass Kriegsverbrechen nicht ohne Strafe bleiben würden? Nichts hatte geholfen, nichts hatte das Sterben verhindern können. Nicht in Jugoslawien, nicht in Ruanda, nicht in Syrien. Es gab und gibt nur die Abhilfe ex post, die Möglichkeit, im Nachhinein Gerechtigkeit zu schaffen.

Carla del Ponte wusste, wen sie auf die Anklagebank bringen wollte, und sie hat diese Ziele mit Zähigkeit, Beharrlichkeit und Ausdauer verfolgt – Charaktereigenschaften, für die der Name Carla del Ponte in ganz Europa und darüber hinaus zu einem Markenzeichen geworden ist. Gegen Täter wie Ratko Mladić, Slobodan Milošević und Radovan Karadžić hat sie um der Gerechtigkeit willen alle nur möglichen Strafverfolgungsmaßnahmen eingeleitet und bei deren Verfolgung kein diplomatisches „Vielleicht doch nicht“ gekannt.

Dabei war sie illusionslos mit Blick auf die Vielschichtigkeit der internationalen Politik, bei der Lippenbekenntnisse zum Frieden zwar immer ganz oben auf der Agenda stehen, aber die Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit aus Rücksicht auf ein unbestimmtes X oder Y gerne zurückgestellt wird. Für X und Y kann vieles stehen: Bündnisinteressen, wirtschaftliche Vorteile, Freundschaften, Seilschaften.

Carla del Ponte ging es – nicht nur aufgrund ihres jeweiligen Mandats – nicht so sehr um die „kleinen Bösen“, um die Mitläufer, die Handlanger, sondern um diejenigen, die an den Hebeln der Maschinerie des Bösen saßen, die zu Gewalt aufriefen, Befehle zu Kriegsverbrechen gaben und bewusst ein Klima der Friedlosigkeit schufen, um diejenigen, die sie die „schlimmsten Menschenrechtsverletzer“ nannte.

Ich darf nochmals ihre eigenen Worte zitieren:

Friedensbemühungen und die Bildung staatlicher Institutionen werden nie zum Frieden oder einem stabilen Staat führen, wenn nicht von Beginn an ein Rechtsinstrument vorgesehen ist, das die schlimmsten Menschenrechtsverletzer auf allen Seiten verfolgt, die Kultur der Straflosigkeit beendet und allen ins Bewusstsein rufft, dass niemand über dem Gesetz steht.

Frieden beruht auf Vertrauen in Gerechtigkeit. Ein derartiges Vertrauen entsteht nicht von selbst; es muss in der täglichen Arbeit der Justiz aufgebaut und im Dialog zwischen Gerichten und Gesellschaft verdient, erarbeitet werden. Werden schwere Straftaten nicht zur Anklage gebracht, bleiben Täter ohne Strafe und Opfer ohne Anerkennung ihres Leidens, geht Vertrauen verloren, oftmals auf Dauer.

Nie ist dies schlimmer als in Bürgerkriegen, wenn Nachbarn und Freunde sich gegeneinander wenden und sich nur mehr darin einig sind, sich gegenseitig Leid zufügen zu wollen. So war es in Jugoslawien, so war es in Ruanda, so war und ist es in Syrien.

Nach einem Krieg können die Waffen schweigen. Aber das ist noch nicht Frieden. Um Frieden zu erreichen, braucht es mehr. Man muss alte Brücken aufbauen, neue Brücken errichten.

All dies kann nicht gelingen – dies ist der rote Faden im Denken und Handeln von Carla del Ponte –, wenn es eine, wie sie sagt, „Kultur der Straflosigkeit“ gibt, wenn Unrecht Unrecht bleibt und wenn das Böse nicht benannt, die Stimme der Opfer nicht gehört wird.



v. l. n. r., erste Reihe: Vorsitzender des Kuratoriums, Staatsminister a. D. Karl Starzacher, Präsident des Staatsgerichtshofs Dr. Roman Poseck, Ministerpräsident Volker Bouffier, Landtagspräsident Norbert Kartmann, Preisträgerin Carla del Ponte, Dr. Flavio del Ponte

Nun wissen wir alle: Frieden ist nicht einfach. Es ist ein Zustand – für uns, zum Glück, schon lange andauernd –, zugleich ist es aber auch ein Prozess. Nicht der Wille Einzelner genügt, nicht einzelne Handlungen. Vielmehr muss ein Mosaik des Friedens entstehen, an dem viele Engagierte Einzellelemente zu einem gemeinsamen Ganzen zusammenfügen. Dazu gehören Gesten, die einen Wiederanfang einleiten – der Händedruck, das Sich-wieder-in-die-Augen-Schauen, Programme; man denke an die Bildungs- und Jugendaustauschprogramme im Élysée-Vertrag, dessen Unterzeichnung wir gerade zum 55. Mal gefeiert haben. Es gilt, die Frage nach der Verantwortung für das Geschehene zu stellen, zu strafen und zu loben, einen gerechten und klaren Blick zurück zu werfen. Dass dies auch Jahrzehnte nach dem Geschehenen noch schwierig sein kann, wissen wir, wie nicht zuletzt die immer schmerzhaft bleibende Diskussion um den Holocaust zeigt.

Die Albert-Osswald-Stiftung hat schon viele Friedenspreise vergeben, an jene, die sichtbar, und an jene, die im Verborgenen gewirkt haben. Immer wieder gab es Persönlichkeiten für ihr Engagement für den Frieden zu feiern, ihnen zu danken. Dürfen wir annehmen, dass die Vielzahl von Preisen ein Spiegel von Fortschritt ist, von einem Mehr an Frieden und Weniger an

Gewalt in der Welt? Die Antwort ist ein illusionsloses Nein. Gerade haben wir die Bilder der Münchner Sicherheitskonferenz gesehen und verstanden: Wenn etwas sicher ist, dann, dass die Welt nicht sicherer geworden ist. Dazu passt auch das nüchterne Fazit von Carla del Ponte. Ich darf sie, wie auch der Ministerpräsident, mit ihrem fast schon fatalistischen Satz zitieren, den die Schweizer Zeitung „Blick“ im September 2017 über ein großes Interview mit ihr als Titel gestellt hat: „Ich habe nichts erreicht.“

Ja, Carla del Ponte hat nicht nur viel, sie hat alles gewollt. Sie wollte nicht nur etwas Frieden, sondern wirklichen Frieden. Sie wollte nicht nur eine oberflächliche Aufklärung, sondern auch die letzten Details ausleuchten, das Dunkle, das andere gerne im Zwielicht lassen würden. Mit ihrer Aussage zieht sie – im Alter von 70 Jahren, mit der Erfahrung eines langen kämpferischen Lebens – ein unbarmherziges Fazit.

Zwei Episoden sind besonders bezeichnend. Carla del Ponte war überzeugt, in einem ominösen „gelben Haus“ klare Indizien für Organhandel im Kosovo gefunden zu haben. Aber es fehlte der politische Wille, dem weiter nachzugehen. Carla del Pontes Annahmen wurden im Wesentlichen von einem 2011 veröffentlichten Bericht des Europaratsabgeordneten Dick Marty bestätigt; die Untersuchungen sind immer noch nicht zum Ende gekommen.

Die andere Episode betrifft die Aufklärungsmission in Syrien. Hier gab Carla del Ponte ihren Posten im August 2017 auf, da sie nicht als Alibi für das Nichtstun der internationalen Gemeinschaft erhalten wollte.

Aus menschenrechtlicher Sicht kann ich nur bestätigen, wie sehr Carla del Ponte mit ihrem Beharren auf Aufklärung gerade in diesen Fällen recht hat. Es gibt ein Recht auf Leben und ein Verbot der Folter und unmenschlichen Behandlung; niemand stellt es infrage. Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bedeutet dies aber auch eine Pflicht des Staates, ungeklärte Todesfälle sowie Folterungen und Misshandlungen aufzuklären und, wenn irgend möglich, die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen. Aber wie schwierig Aufklärung sein kann, ist auch bei uns in Straßburg eine alltägliche Erfahrung; man denke etwa an unsere Verfahren zur heimlichen Überstellung von Terrorverdächtigen an die CIA.

Der bekannteste Fall dürfte El Masri gegen Mazedonien sein, bei dem Mazedonien wegen der Mitwirkung an und Nichtaufklärung von Folterung und Überstellung an die CIA verurteilt wurde.

Die in ihrer Ehrlichkeit und Offenheit verblüffende Aussage „Ich habe nichts erreicht“ gilt es aber auch vor dem Hintergrund des weiteren Verlaufs der Geschichte zu interpretieren. Was ist aus den Anklagen vor den internationalen Strafgerichten in Ruanda und Jugoslawien geworden?

Vom Ruandatribunal wurde Carla del Ponte 2003 abberufen, ohne dass sie, wie sie geplant hatte, auch die verantwortlichen Täter der Patriotischen Front Ruandas hätte anklagen können. Immerhin wurden an dem Gericht in der Folgezeit Verfahren gegen 93 Personen geführt und 62 wegen Beteiligung am Völkermord verurteilt.

Das Jugoslawientribunal hat seine Arbeit abgeschlossen; von 161 angeklagten Personen wurden 84 verurteilt. Das ist ein großer Schritt in der internationalen Strafjustiz, auch wenn dennoch kaum jemand – so wird man wohl sagen dürfen – mit dem Ergebnis wirklich zufrieden ist. Wie eine jüngst veröffentlichte Umfrage gezeigt hat, ist in Serbien die Mehrheit der Menschen davon überzeugt, das Tribunal sei nicht unparteiisch gewesen. Insbesondere wiegt für viele schwer, dass der Kroatete Ante Gotovina, für dessen Verhaftung sich Carla del Ponte gegen große Widerstände eingesetzt hatte, nach einer Verurteilung zu 24 Jahren Freiheitsstrafe in der ersten Instanz in der Berufungsinstanz freigesprochen wurde. Mladić, Milošević und Karadžić hatten eine gute Bühne für ideologische Tiraden. Milošević starb, bevor ein Urteil gesprochen werden konnte. Der letzte Prozess gegen Slobodan Praljak endete mit einem spektakulären Selbstmord. Diese Entwicklungen sehen wir jetzt, lange Zeit, nachdem Carla del Ponte dort gewirkt hat, mit enttäuschender Deutlichkeit.

All dies kann aber nicht verdecken, dass es einen hoffnungsvollen Aufbruch gegeben hatte, dass Schritte in die richtige Richtung unternommen worden waren. Dass die Welt zumindest grundsätzlich anerkannt hat, dass Gerechtigkeit eine Voraussetzung für Frieden ist, dass Straflosigkeit auch für die für die Kriegsführung Verantwortlichen keine Selbstverständlichkeit mehr ist

und dass Opfer hoffen dürfen, dass jemand für sie spricht – all dies bedeutet einen großen Fortschritt im internationalen Recht.

Wenn man sich für Frieden einsetzt, kann auch ein teilweises Scheitern schon ein Erfolg sein, wenn es den rechten Weg aufgezeigt hat.

Den rechten Weg, den Weg, für den es Mut und Tatkraft braucht, hat Carla del Ponte eingeschlagen. Dass es noch viel zu tun gibt, schmälert nicht ihre Leistung – im Gegenteil: Es zeigt, dass sie Pionierin war und dass es zu hoffen gilt, dass andere Mutige ihrem Beispiel folgen.

So ehren wir Carla del Ponte mit dem Hessischen Friedenspreis dafür, dass sie, als wir alle durch die Grausamkeit und Unmenschlichkeit in den Kriegen des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts tief verstört und sprachlos waren, das Heft des Handelns in die Hand genommen und gezeigt hat, dass wir mehr können, als erschrocken danebenzustehen. Wir können – wie sie – Verantwortung übernehmen und statt eines lauen „Jein“ ein klares Nein sagen, wenn dies die einzige richtige Antwort ist.

ÜBERREICHUNG DES PREISES

Karl Starzacher

Vorsitzender des Kuratoriums, Staatsminister a. D.



Ich verlese die Verleihungsurkunde:

Das Kuratorium Hessischer Friedenspreis der Albert-Osswald-Stiftung vergibt den Hessischen Friedenspreis 2017 an Frau Carla del Ponte, Ascona in der Schweiz.

Das Kuratorium würdigt damit die Verdienste von Frau Carla del Ponte um die kompromisslose Durchsetzung des internationalen Strafrechts und den unbeugsamen Kampf für Frieden durch Recht.

Wiesbaden, den 23. Februar 2018

Frau Carla del Ponte wird mit dem Hessischen Friedenspreis der Albert-Osswald-Stiftung für ihren unbeugsamen Einsatz für die Opfer von Kriegsverbrechen und die kompromisslose Durchsetzung des internationalen Strafrechts ausgezeichnet. Frau del Ponte hat keinen politischen Konflikt gescheut, um dem Recht zur Geltung und den Opfern schlimmster Menschheitsverbrechen zu Gerechtigkeit zu verhelfen, auch wenn das bedeutete, gegen alle diplomatischen Spielregeln zu verstoßen.

Als Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda hat sie offen politische Versäumnisse angesprochen, wie die unzureichende Kooperation westlicher Staaten bei der Verfolgung gesuchter Kriegsverbrecher in Jugoslawien.

Ihre Tätigkeit als Sonderermittlerin in einer Untersuchungskommission zu Kriegsverbrechen in Syrien gab sie nach fünf Jahren auf mit der Begründung, dass die Kommission wirkungslos sei, weil die Politik ihre Arbeit nicht hinreichend unterstütze. Sie wolle nicht länger als Alibi für das Nichtstun der internationalen Gemeinschaft herhalten. Dieser Rückzug ist exemplarisch für den unbeugsamen Willen von Carla del Ponte, gegen Un-

gerechtigkeiten trotz Widerständen anzukämpfen. Denn, so ihr Credo: Wir vertreten die Opfer.

Frieden durch Recht ist seit den 1990er-Jahren aufs Engste mit Carla del Ponte verbunden und wurde von ihr gegen alle politischen Widrigkeiten als Anklägerin nicht nur im Gerichtssaal vorangetrieben. Dies war und ist von besonderer Bedeutung in einer Zeit, in der Staatenverfall, Bürgerkriege und damit auch organisierte Straflosigkeit um sich greifen. Gerechtigkeit ist die Grundlage für jeden nachhaltigen Frieden.

Für ihren unermüdlichen Einsatz für den Frieden, für ihren Kampf für die Durchsetzung des Rechts und für ihr Engagement für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen hat das Kuratorium Hessischer Friedenspreis der Albert-Osswald-Stiftung Frau Carla del Ponte den Hessischen Friedenspreis 2017 zuerkannt.



DANKADRESSE

Carla del Ponte

Chefanklägerin des Internationalen
Strafgerichtshofs a. D.



Meine Damen und Herren! Ich grüße Sie ganz herzlich. Ich habe nicht viele Notizen, dennoch möchte ich einige Punkte ansprechen.

Ich möchte Ihnen natürlich danken. Ihr habt heute Morgen etliches über mich gehört, ja so viel Gutes. Ich bin selbst erstaunt, was Sie da alles zusammengetragen haben. Also vielen, vielen Dank. Die Laudatio ist wunderbar gewesen. Ihr wisst jetzt beinahe alles, was in meinem Leben geschehen ist.

Es gab viel Arbeit, ja. Bewältigt hat das aber nicht nur Carla del Ponte, sondern Carla del Ponte und die Mitarbeiter. Denn ein Staatsanwalt, eine Chefanklägerin ist nicht allein. Es ist eine Gruppe, die zusammenarbeitet. Wir haben viel gearbeitet.

Die internationale Justiz begann mit dem Jugoslawientribunal. Das heißt, die rechtlichen Voraussetzungen hierfür lagen seit 1948 in Form der UN-Völkermordkonvention vor, aber die Anwendung dieser Instrumentarien kam erst mit dem Konflikt in Jugoslawien. Da sagte der Sicherheitsrat: Ja, machen wir ein Tribunal, ein internationales Tribunal. – Das ging von den Amerikanern aus. Madeleine Albright als Außenministerin sagte: Machen wir ein internationales Tribunal für diese Verbrechen: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen, Völkermord.

Wisst ihr, warum? Das Fernsehen war dort. Wir haben tagtäglich in der „Tagesschau“ gesehen, was geschah. Denn die Medien waren dort, die NGOs waren dort. In dieser neuen Welt sind die Bilder sofort veröffentlicht worden. Also musste der Sicherheitsrat etwas unternehmen.

Wenige Mitgliedstaaten haben geglaubt, dass diese internationale Justiz etwas ausrichten könnte, wirklich wenige. Aber wir haben es geschafft. Denn in Den Haag war der Gerichtshof, und das Office of the Prosecutor war in Den Haag. Es gab die Verbrechen auf dem Balkan, und Milošević war Präsident. Wie schaffen wir es, Beweise für diese Kriegsverbrechen zu sammeln? Die tatsächlichen Verbrechen können wir zwar ermitteln, aber die Verantwortung dafür?

Das haben wir dennoch geschafft – mit viel, viel Arbeit. Von 161 Angeklagten seien 84 verurteilt worden, haben Sie gesagt. Ich hätte gedacht, dass

es mehr Verurteilte waren. Aber ich muss schon gestehen: Gotovina wurde freigesprochen. Er war zuerst zu 24 Jahren Haft verurteilt worden und wurde dann freigesprochen. Leider war ich damals nicht mehr in Den Haag, denn dann wäre es nicht passiert, dass er freigesprochen wird. Doch, ich war wütend. Die Richter – ich weiß nicht, ob Richter unter euch sind – wissen es: Die Auslegung eines Gesetzes kann immer unterschiedlich ausfallen. Aber das war das Appellationsgericht; in der Erstinstanz haben wir ihn verurteilen lassen. Aber so ist es eben, nicht wahr? Human, human.

Jetzt komme ich zurück auf den Friedenspreis, einen Friedenspreis für eine Chefanklägerin. Ich weiß, es ist richtig. Aber wenn man es von außen sieht, kann man fragen: Was hat ein Staatsanwalt mit dem Frieden zu tun? Erstens sind wir auf internationaler Ebene; das müssen wir sehen. Zweitens geht es um Gerechtigkeit, Justiz für die Opfer. Ich hätte nie gedacht, dass die Opfer so viel darauf setzen, dass die Justiz sich ihrer annimmt, dass sie Gerechtigkeit erlangen. Das habe ich erfahren, als ich in Sarajevo war und die Frauen von Srebrenica getroffen habe. Das war der einzige emotionale Moment, den ich hatte: das Treffen mit den Opfern. Da waren all diese armen Frauen, schlecht gekleidete Frauen, und das Einzige, wonach sie mich gefragt haben, war Justiz, Gerechtigkeit.

Da bin ich natürlich ganz klein geworden, denn Milošević war Präsident, und ich fragte mich: Ja, wie werden wir das zustande bringen? Aber wir haben daran gearbeitet. Wir haben nie nachgelassen, und schlussendlich konnten wir auch die Verhaftung Miloševićs erreichen. Natürlich war er nicht wiedergewählt worden – politisch –, und natürlich waren wir in Kontakt mit der Oppositionspartei. Da hat man Milošević verhaftet. Wisst ihr, warum? Intern verhaftet wurde er wegen eines finanziellen Delikts. Als er von der nationalen Behörde verhaftet worden ist, konnten wir ihm leicht unseren Haftbefehl, den internationalen Haftbefehl, vorzeigen.

Milošević ist nach zwei Jahren Prozess gestorben. Wir waren am Ende des Prozesses. Ich hatte meine Anklagerede vorbereitet; das wäre ein beruflicher Höhepunkt für mich gewesen. Es war die erste Anklagerede gegen den Präsidenten einer Nation. Das war so wichtig; denn es war das erste Mal, dass so etwas zustande gekommen war. Er ist in der Zelle in seinem Bett wie ein Engel gestorben. Er ist einfach nicht mehr aufgewacht.

Das hat natürlich auch mit meinem Gott etwas zu tun. Ich war ein bisschen böse auf meinen Gott. Denn so ein Mensch, so ein Verbrecher kann nicht wie ein Engel in seinem Bett sterben.

Er wollte auf freien Fuß gesetzt werden, schon seit Monaten, seit Jahren. Er hatte hohen Blutdruck. Er musste Medikamente nehmen, um den Blutdruck zu senken. Er hat sich auch Tabletten gegen Lepra bringen lassen. Diese Tabletten haben den Blutdruck auch beeinflusst. Er wollte nach Moskau, um sich dort pflegen zu lassen. Als er wusste, dass das Appellationsgericht abgelehnt hat, dass er auf freien Fuß kommt, hat er dieses Lepra-Medikament abgesetzt. Das hat ihm einen Herzinfarkt und den Tod gebracht. Ihm war das sicher nicht bewusst.

Die Chefanklägerin del Ponte war sehr, sehr wütend auf Milošević, meinetwegen, beruflich, persönlich, aber vor allem wegen der Opfer.

Auf alle Fälle ist das Jugoslawientribunal ein Erfolg der internationalen Justiz. Es ist ein Erfolg; denn es war das erste Mal, dass die hohen politischen und militärischen Verantwortlichen für diese Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Völkermord, die begangen wurden, vor Gericht gestellt wurden. Das war das erste Mal. Es gab natürlich Nürnberg und Tokio, aber das waren Einzelfälle; sonst ist nichts mehr geschehen.

Das war eigentlich der Anfang der Arbeit der internationalen Justiz. Das war ein Erfolg, auch für Ruanda, selbst wenn in Ruanda noch viele Flüchtlinge auf der Flucht sind, auch nach dem Jugoslawientribunal. Aber das Prinzip ist jetzt akzeptiert. Das ist auch Frieden, nicht nur Frieden für die Opfer, sondern Frieden für die politischen Behörden. Denn es soll eine Prävention sein – hatten wir gedacht. Wir hatten gedacht, das sei eine Prävention, dass diese Verbrechen nicht mehr begangen werden. Aber wir haben uns getäuscht, stark getäuscht.

Ich verließ das Ruanda- und das Jugoslawientribunal mit dem Gefühl einer erfolgreichen Justiz: Die internationale Justiz ist ein Erfolg. – Und dann haben wir gesehen, was in Syrien geschieht. Meine Regierung sagte mir: Wir möchten Sie als Kandidatin für die Syrienkommission. – Ja, was ist das? Die Syrienkommission ist eine Fact Finding Mission. Sie ermittelt zu den Ver-

brechen, die in Syrien während des Krieges begangen werden, und dann entscheidet der Sicherheitsrat, usw.

Da habe ich gefragt: Okay, wie lange dauert das? Da hieß es: Drei bis acht Monate. – Wir sind heute im siebten Jahr, und diese Kommission macht weiter.

Ich bin dann vom Human Rights Council in diese Kommission gewählt worden. Der Präsident war ein Brasilianer, und es gab noch zwei andere Kommissäre, eine Amerikanerin und ein Thailänder. Wir waren zu viert und hatten 20 Mitarbeiter, 17 Ermittler, also sehr, sehr bescheiden. Aber wir haben gearbeitet. Ich war die Einzige, die Erfahrung im Ermitteln hatte. Die anderen waren Professoren für internationales Recht; das ist sehr gut. Aber dann sind sie zu diplomatisch und politisch: Nein, das können wir nicht machen. Carla, wir sind kein Office of the Prosecutor. Mit den Russen können wir nicht, also – –

Ich möchte hier jetzt keine Geheimnisse verraten. Aber ihr könnt dann mein Buch lesen. Ich schreibe jetzt ein zweites Buch: meine Erfahrung als Kommissär für Syrien. Da habe ich meine Meinung dargestellt.

Man spricht vom politischen Willen. Aber wenn der politische Wille nicht da ist, erreichen Sie nichts, vor allem nicht in der internationalen Justiz. Es braucht den politischen Willen. Aber der politische Wille hat andere Ziele und einen anderen Horizont. Sie kommen dann und sagen: Ja, aber ... Sí, pero ... Das ist politisch.

Ich erinnere mich an Generalsekretär Kofi Annan. Im Jugoslawientribunal hatte ich manchmal große Schwierigkeiten. Dann ging ich zum Generalsekretär: New York, 38. Etage. Da kann man nicht so leicht hingehen. Es gibt viele Barrieren, bis Sie zum Generalsekretär kommen. Aber ich konnte da hindurchgehen; denn ich war auch Under-Secretary-General in der Hierarchie. Also ging ich zu Kofi Annan und sagte: Das geht doch so nicht. – Er ließ mich sprechen, aber dann sagte er mir: Carla, der Sicherheitsrat ist eine politische Institution. Er denkt politisch und trifft einen politischen Entscheid. Das musst du akzeptieren.

Das habe ich dann gelernt. Man muss damit leben; man muss mit dieser Politik leben. Ich könnte nie Politiker werden.

Das sind viele Worte, viele Gespräche und Kompromisse. Denn Sie müssen wiedergewählt werden. Ja, die Wiederwahl – –

Bleiben wir bei der Justiz, bei Syrien. Wir haben schon gearbeitet, und das ist sehr gut. Unsere ersten Berichte sind öffentlich; ihr könnt sie lesen. Sie waren sehr gut. Wir haben alle Verbrechen aufgelistet, die tagtäglich begangen wurden, die Leichen der Zivilisten, die getötet wurden, Folter, Vergewaltigung usw. – es ist alles drin. Sehr früh haben beide Seiten Verbrechen begangen. Am Anfang gab es die moderate Opposition, und die Regierenden waren die Bösen. Aber nach wenigen Monaten waren alle böse. Alle haben Verbrechen begangen. In jedem Krieg ist das so. Meiner Erfahrung nach hat in jedem Krieg jede Partei Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen.

Wir hatten also diese Berichte veröffentlicht, und nichts geschah. Also gingen wir zum Sicherheitsrat, also gingen wir nach New York. Ich erinnere mich noch ganz gut; denn es war das letzte Mal, dass ich nach Amerika ging. Im Februar 2013 ging die ganze Kommission nach New York zum Sicherheitsrat, um den Sicherheitsrat zu überzeugen, einen internationalen Gerichtshof für Syrien zu gründen: Justiz für die Opfer, auch in Syrien.

Es war sehr kalt, minus sieben, acht Grad, mit Wind; es war schrecklich. Wir erschienen im Sicherheitsrat, und es hieß als Erstes: Arria-Formel. Wisst ihr, was die Arria-Formel ist? Das bedeutet: nicht öffentlich, keine Journalisten, niemanden. Arria ist, glaube ich, ein Botschafter von Venezuela, der diese Neuerung erreicht hat.

Die Arria-Formel bedeutet also: Sicherheitsrat, aber nicht öffentlich, also quasi privat, und zu meinem Erstaunen ohne Botschafter. Anwesend waren die Nummer zwei, Nummer drei, Nummer vier der Botschaft als Vertreter des Staates. Die Gesichter vor mir wurden also immer jünger. Der älteste war vielleicht 24 Jahre alt. Aber sie haben die Staaten vertreten. Sie können sich denken, wie enttäuscht ich war. Hat Syrien so wenig Bedeutung, dass die Arria-Formel gilt und nicht einmal die Botschafter kommen?

Ich mache es ganz kurz: Wir haben ein klares Wort gesprochen. Aber wir haben überhaupt nichts erreicht. In Syrien geht es weiter. Ihr habt es in den letzten Tagen gesehen. Es ist für mich keine Überraschung. Sicher will Assad auch Ghouta erreichen.

Was mich überrascht, ist, dass die Türkei in Syrien Krieg führt und niemand etwas unternimmt. Das ist skandalös.

(Beifall)

– Danke. Das freut mich. Denn das bedeutet, dass ihr mit mir einer Meinung seid. Denn die Situation ist unglaublich. Und es geschieht nichts.

Gestern Abend im Sicherheitsrat konnte man nichts machen. Denn Russland hat von seinem Vetorecht Gebrauch gemacht; Sie haben es auch schon erfahren. Also, es geschieht nichts.

Und die UNO? Die UNO, die arme UNO, kann nichts machen. Sie kann nichts erreichen. Wenn keine Reorganisation der UNO stattfindet, wird es immer schlimmer werden. Das müssen wir sehen. Unsere Staatsoberhäupter, unsere Präsidenten der Nationen müssen intervenieren. Man muss etwas tun. Denn sonst geht es uns wirklich sehr, sehr schlecht, und Frieden ist weit weg von uns, nicht einmal mehr am Horizont.

Nicht nur zu Syrien, sondern auch zum Jemen und verschiedenen afrikanischen Staaten, der Ukraine usw. frage ich: Was für eine Humanität haben wir da?

Ich möchte jetzt nicht länger sprechen. Ich könnte euch stundenlang unterhalten, aber ich möchte es nicht tun. Nur eine Botschaft, eine wichtige Botschaft: Internationale Justiz ist nur möglich, wenn der politische Wille existiert. Also müssen wir bei den politischen Behörden bleiben, damit sie an die Justiz glauben. Natürlich wäre es besser, wenn wir total unabhängig sein könnten. Aber das ist jetzt nicht der Fall.

Für den Friedenspreis nochmals vielen, vielen, vielen Dank. Ich habe verschiedene Projekte, die ich in Gang halte. Eines dieser Projekte, das für

mich sehr wichtig ist, ist für syrische Kinder. Damit kann ich meinen syrischen Kindern weiter finanziell helfen.

Natürlich habe ich auch andere Projekte. Eines ist noch ein altes Projekt zu Giovanni Falcone und zur Mafia. Ein anderes Projekt habe ich, weil ich mir einmal das Handgelenk gebrochen habe. Also unterstütze ich Chirurgen, die nach Afrika gehen und dort gratis operieren. Sie sehen, dieser Preis ist von seiner finanziellen Seite sehr, sehr wichtig für mich, denn so kann ich weitermachen.

Danke, danke, danke für eure Aufmerksamkeit und alles Gute. Verleihen Sie weiterhin Preise für den Frieden. Hoffen wir, dass dies Früchte trägt.



v. l. n. r.: Landtagspräsident Norbert Kartmann, Vorsitzender des Kuratoriums und Staatsminister a. D. Karl Starzacher, Preisträgerin Carla del Ponte (sitzend), Ministerpräsident Volker Bouffier



Preisträgerin Carla del Ponte im Gespräch mit Dr. Christian Schwarz-Schilling, dem der Friedenspreis im Jahr 2007 verliehen wurde, Ministerpräsident Volker Bouffier



Preisträgerin Carla del Ponte beim Eintrag in das Gästebuch des Hessischen Landtags



v. l. n. r.: Landtagspräsident Norbert Kartmann, Laudatorin Prof. Dr. Angelika Nußberger, Preisträgerin Carla del Ponte, Ministerpräsident Volker Bouffier, Vorsitzender des Kuratoriums und Staatsminister a. D. Karl Starzacher

DIE BISHERIGEN PREISTRÄGERINNEN UND PREISTRÄGER DES HESSISCHEN FRIEDENSPREISES

Der Hessische Friedenspreis und das zugehörige Kuratorium wurden 1993 vom ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Albert Osswald gegründet. Der Preis ist mit 25.000 Euro dotiert.

1994	Marianne Heiberg-Holst, Norwegen
1995	John Hume, Nordirland
1996	Gregorio Rosa Chávez, El Salvador
1997	Hans Koschnick, Deutschland
1998	Alexander Lebed, Russland
1999	George J. Mitchell, USA
2000	Martti Ahtisaari, Finnland
2001	Max van der Stoep, Niederlande
2003	Lakhdar Brahimi, Algerien
2004	Hans Blix, Schweden
2005	Seine Heiligkeit der 14. Dalai Lama
2006	Daniel Barenboim, Israel
2007	Christian Schwarz-Schilling, Deutschland
2008	Sam Nunn, USA
2009	Dekha Ibrahim Abdi, Kenia
2010	Ismail Khatib, Palästina
2011	Sadako Ogata, Japan
2012	Elisabeth Decrey Warner, Schweiz
2013	Muhammad Ashafa und James Wuye, Nigeria
2014	Rubem César Fernandes, Brasilien
2015	Ella Mikhaylovna Polyakova, Russland
2016	H. E. Federica Mogherini, Italien
2017	Carla del Ponte, Schweiz

SCHRIFTEN DES HESSISCHEN LANDTAGS

Heft 1 · Bioethik-Symposium des Hessischen Landtags am 17. November 2001
Wiesbaden 2002

Heft 2 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2004 im Plenarsaal des Hessischen Landtags
Wiesbaden 2006

Heft 3 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2005 im Stadtverordnetensaal des Wiesbadener Rathauses
Wiesbaden 2006

Heft 4 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 26. Januar 2006 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2006

Heft 5 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2007 im Ständehaus Kassel
Wiesbaden 2008

Heft 6 · Symposium „Schutz des Lebens und Selbstbestimmung am Lebensende“ am 12. März 2007 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2008

Heft 7 · Festveranstaltung des Hessischen Landtags zum 60-jährigen Jubiläum des Unterausschusses Justizvollzug am 11. Mai 2007 in der Justizvollzugsanstalt Rockenberg
Wiesbaden 2008

Heft 8 · Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2008, 26. Januar 2009 und 27. Januar 2010 und aus Anlass des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht am 10. November 2008
Wiesbaden 2010

Heft 9 · Feierliche Übernahme des neuen Plenarsaals am 4. April 2008 und Verabschiedung der ausscheidenden Abgeordneten der 16. Wahlperiode des Hessischen Landtags und Einweihung des neuen Plenargebäudes
Wiesbaden 2010

Heft 10 · 20. Jahrestag der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR und Beginn der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Hessen und Thüringen. Symposium am 18. September 2009 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2010

Heft 11 · 9. November – Ein Tag deutscher Geschichte. Vortragsveranstaltung mit Prof. Dr. Eckart Conze am 10. November 2009 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2010

Heft 12 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2009 an Dekha Ibrahim Abdi
Wiesbaden 2010

Heft 13 · Unrechtsschicksal der Heimkinder der 50er und 60er Jahre. Öffentliche
Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit am 29. Oktober 2009
Wiesbaden 2011

Heft 14 · 50-jähriges Bestehen des Vertrages des Landes Hessen mit den Evange-
lischen Kirchen. Veranstaltung des Hessischen Landtags und der Evangelischen
Kirchen am 28. Juni 2010
Wiesbaden 2011

Heft 15 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2010 an Ismail Khatib
Wiesbaden 2011

Heft 16 · 20 Jahre Deutsche Einheit. Feierstunde am 28. September 2010
Wiesbaden 2011

Heft 17 · Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland. Gedenkveranstaltung und
Ausstellungseröffnung am 16. August 2011 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2011

Heft 18 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2011 an Sadako Ogata
Wiesbaden 2011

Heft 19 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus und Eröffnung
der Ausstellung „Ein Leben aufs neu“ am 27. Januar 2012 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2012

Heft 20 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2012 an Elisabeth Decrey Warner
Wiesbaden 2012

Heft 21 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2013 an Imam Dr. Muhammad
Ashafa und Pastor Dr. James Wuye
Wiesbaden 2013

Heft 22 · Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Reichspogromnacht „Alles Blut
aus meinem Herzen“ am 9. November 2013 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2013

Heft 23 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus und Eröffnung
der Ausstellung „Der Weg nach Auschwitz“
Wiesbaden 2014

Heft 24 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2014 an Rubem César Fernandes
Wiesbaden 2014

Heft 25 · Vortragsreihe Krieg und Frieden in Europa - Vom Beginn des Ersten und des
Zweiten Weltkrieges zur Europäischen Einigung von Prof. Dr. Herfried Münkler
Wiesbaden 2015

Heft 26 · 25 Jahre Beschluss des Aktionsprogramms Hessen-Thüringen /
Schülerseminar 25 Jahre Deutsche Einheit
Wiesbaden 2015

Heft 27 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2015 an Ella Mikhaylovna
Polyakova
Wiesbaden 2015

Heft 28 · Plenardebatte zum Gedenken an den 8. Mai 1945
Wiesbaden 2015

Heft 29 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus
Wiesbaden 2016

Heft 30 · „Einheit Deutschlands und Einheit Europas – zwei Seiten der gleichen
Medaille“
Wiesbaden 2016

Heft 31 · Sondersitzung des Hessischen Landtags anlässlich des 70. Jahrestages der
Annahme der Landesverfassung am 1.12.1946
Wiesbaden 2017

Heft 32 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2016 an Federica Mogherini
Brüssel 2017

Heft 33 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus
Wiesbaden 2018

Heft 34 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2017 an Carla del Ponte
Wiesbaden 2018



HESSISCHER
LANDTAG

ISBN: 978-3-923150-70-4

Schriften des Hessischen Landtags
Heft 34